

● **Schwerpunkt »Agrarreform«**

»Good Food – Good Farming!«

Eine neue europäische Demokratiebewegung entsteht

von Benedikt Haerlin

In Europa bewegt sich etwas. Die EU-Kommission lädt die Zivilgesellschaft zum Dialog über die Zukunft der EU-Agrarpolitik ein. Dieses Angebot haben Bürger und Bürgerinnen in Europa angenommen. Zum Teil bereits lange vor diesem Dialogangebot der Kommission haben sich zahlreiche Gruppen lautstark zu Wort gemeldet – unabhängig voneinander oder auch gemeinsam. Zurzeit entsteht eine neue politische Bewegung, die sich zusammensetzt aus Menschen, Gruppen und Organisationen unterschiedlichster Herkunft und Interessenlagen. Sie eint das Ziel einer nachhaltigeren und gerechteren Agrarpolitik und die Überzeugung, dass nur gemeinsam etwas zu erreichen ist.

Ach Europa! Nobelpreistragendes Panikorchester zwischen Bankenkrise, Korruptions- und Lobbykandalen – welchen Unterhaltungswert hat deine Gemeinsame Agrarpolitik im Vergleich zum finanziellen und sozialen Untergang des Eurolandes schon zu bieten? *Erst wenn der letzte Rettungsschirm gespannt, der letzte Haushalt totsaniert und der letzte Grieche dafür haftbar gemacht wurde, werden wir merken, dass man Euros nicht essen kann!* möchte man ausrufen. Und wir ahnen: Erst wenn der letzte Kompromiss im Hinterzimmer zwischen dem Agrarausschuss des Europaparlaments und dem Rat der Agrarminister unter heftiger Beteiligung aller Agrarlobbyscharen ausgehandelt ist, wird mediales Wehklagen über »die Brüsseler Bürokratie« für kurze Zeit den Fernsehraum erfüllen, bevor die Kameras sich wieder fetzigeren Themen zuwenden. Dabei wäre es zum kleinsten Teil die Schuld der Kommission, wenn etwa 400 Milliarden Euro in den nächsten sieben Jahren wesentliche Umweltziele verfehlen, das europäische Bauernsterben weiter schmieren und unsere ländlichen Gebiete auf hohem technischen Niveau veröden lassen.

Wenn. Denn noch ist dies nicht ausgemacht. Ende 2012 ist die Hoffnung noch nicht gestorben, dass etwas mehr Demokratie durch erstmalige Beteiligung des Europäischen Parlamentes an den Entscheidungen über den Agrarhaushalt, das wachsende öffentliche Interesse an globalen wie privaten Ernährungsfragen und eine neue politische Bewegung für nachhaltigere, grünere, gerechtere Ernährungs- und Agrarpolitik den

müden Tanker GAP in seinem 50. Jahr doch noch in eine etwas bessere Richtung schieben könnten.

Neue Aufbruchstimmung

Berlin, Januar 2012: Über 20.000 Demonstranten ziehen unter dem Motto »Wir haben es satt!« zum Auftakt der Grünen Woche vor das Kanzleramt. Sie stehlen dem Erlebnisbauernhof der Agrarindustrie glatt die mediale Schau und weil sie schon zum zweiten Mal in dieser Zahl erscheinen, lassen sie sich auch nicht mehr ignorieren.

Die Zivilgesellschaft, die hier gemeinsam demonstriert, trifft sich so nicht alle Tage: Bäuerinnen und Bauern vom Bund Deutscher Milchviehalter, von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), von Neuland und allen Bioverbänden, Tierschützer, Vegetarierinnen und Veganer unterschiedlicher Radikalität, Umweltschützerinnen und Naturschützer, Genießer von Slow Food und Aktivisten von Arbeitsloseninitiativen, Urbane Gärtnerinnen und Permakultivateure, Naturfreunde und Katholische Landjugendbewegung, Ärzte und Köchinnen, Gentechnikgegnerinnen und Entwicklungshelfer, Campact- und Attac-Bewegte, Weltläden und Stadtgüter, Samenretterinnen und Metzger, Jung und Alt, Stadt und Land, links und rechts (nur Nazis fliegen natürlich raus) fordern gemeinsam *Bauernhöfe statt Agrarindustrie*.

Was da zusammenwächst, wäre vor ein paar Jahren vielleicht selbst noch nicht auf die Idee gekommen zu-

sammenzugehören. Es geht im Kern um eine lokal wie global faire und ökologisch orientierte Agrarpolitik, um ehrliche Lebensmittel und Kulturlandschaften, die diesen Namen verdienen. Die Menschen haben es satt: die Antibiotika- und all die anderen Skandale, die »Vermaisung« der Landschaft und Verödung der Regionen, die Entfremdung vom Essen und die Verfettung der Kinder, während andernorts die Menschen hungern. Manchen geht es um die Gentechnik, anderen um den Milchpreis, um das Tierwohl oder erstmal nur um die Tierfabrik in ihrer Nachbarschaft oder die transnationalen Konzerne, die unser Essen beherrschen. Es herrscht Aufbruchsstimmung rund ums Essen und die Landwirtschaft.

Druck auf Subventionspolitik wächst

Tags zuvor ließ es sich EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș nicht nehmen, mit den Organisatoren der Demonstration zwei Stunden lang zu diskutieren. Beim lebhaften Schlagabtausch im Internationalen Congress Centrum Berlin blieb er auf keine Frage eine Antwort schuldig, auch wenn viele seiner Antworten hier nicht gefallen. Er hört ernsthaft zu, lässt sich auf Kontroversen ein. Am Ende nimmt er sogar lachend ein quietschgrünes »Wir haben es satt!«-T-Shirt an. Dann fährt er eher misstrauisch die Kollegin Aigner auf einem Schlepper zu ihrem offiziellen Auftritt in die Messehalle. Zeichnen sich hier Gewichtungverschiebungen ab?

Dass die EU-Kommission sich *öffentliche Mittel für öffentliche Leistungen* auf ihre Fahnen schreibt und unverblümt erklärt, die Subventionen in der Landwirtschaft bedürften einer neuen Legitimation um zu überleben, kommt nicht von ungefähr. Der Druck wächst enorm auf eine anachronistisch anmutende, dysfunktionale Subventionspolitik, die aus ihrer 50-jährigen Geschichte vielleicht erklärlich, aber doch längst nicht mehr vertretbar ist. Die Erkenntnis, dass Bauernsterben und Landflucht, Agrarfabriken und Maiswüsten, Bienennotstand und Artensterben *wegen* und nicht etwa *trotz* der EU-Subventionen entstehen, dümmert immer mehr Steuerzahlern.

Weshalb für jeden Hektar landwirtschaftlicher Fläche in Deutschland über 300 Euro (in Lettland nur 95 Euro) an Steuergeldern im Jahr kassiert werden sollen, kann selbst der alerteste Bauernverbandsvertreter keinem Normalbürger mehr erklären. Weshalb bekommt die selbst der Biogasbauer, der gar keine Lebensmittel produziert? Wieso wird der größte Anteil der Subventionen auf die Fläche bezahlt, die zu über 60 Prozent gar nicht mehr den Landwirten gehört, die sie bewirtschaften? Braucht Europas Grundbesitzer mehr Geld? Müssen wir wirklich riesige Betriebe subventionieren, die kaum noch Menschen beschäftigen, obwohl die Getreidepreise höher sind als je zuvor? Be-

ruht nicht die widerwärtige Spekulation mit Lebensmitteln und Boden gerade darauf, dass die Preise auch in Zukunft steigen werden?

Diskussionen darüber fallen auch in einem breiten Bündnis wie »*Meine Landwirtschaft*« nicht leicht, zu dem sich 40 Organisationen zusammengeschlossen haben, die auch die Berliner »*Wir haben es satt!*«-Demo organisieren. Für Landwirte geht es dabei um ihre eigene Existenz, für Naturschützer um die bedrohte Fledermaus oder Ralle, für Globalisierungskritiker und Entwicklungsengagierte um das Überleben vom Hunger bedrohter Kleinbäuerinnen in Afrika und Asien, für Tierschützer um den Respekt vor der Kreatur und für Köche und Verbraucher um gute und gesunde Lebensmittel und deren Preis für ihre Familie. Bei den alltäglichen »kleinen« Einkaufsentscheidungen der Verbraucher (auch der bäuerlichen übrigens) stehen unversehens der Untergang des Hofes, das Ende der Bienen, eine gerechtere Welt und die Gesundheit der eigenen Familie auf dem Spiel. Alle wissen: Nur wenn wir uns zusammenraufen, werden wir etwas erreichen. Leicht ist das trotzdem nicht. Das zeigte sich auch auf den achtzig Veranstaltungen, zu denen Bäuerinnen und Bauern die örtlichen Mitstreiter von »*Meine Landwirtschaft*« und die interessierte Öffentlichkeit unter dem Titel »*Bauer hält Hof*« zu sich einluden, um über die Agrarpolitik und ihre Wirkung vor Ort zu debattieren. Intensive, lehrreiche Gespräche und Debatten, wie sie nicht alle Tage auf deutschen Bauernhöfen geführt werden.

Die europäische Dimension der Auseinandersetzung ist den meisten Beteiligten noch kaum mehr als eine vage Ahnung. Während in Deutschland die letzten 100 000 landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe in den kommenden sieben Jahren auf weniger als 70 000 zusammenschrumpfen könnten und Mindestgrößen von 50 bis 70 Hektar gefordert sind, leben in Rumänien auf insgesamt weniger Agrarfläche vier Millionen Menschen von der Landwirtschaft. Kleinstbauern mit weniger als zwei Hektar Land stellen auch in vielen Regionen Ungarns, Bulgariens, Griechenlands und Italiens die Mehrheit.

Dass in der Europäischen Gemeinschaft Menschen noch und wieder Hunger leiden, dass Familien in Polen, Lettland, Bulgarien, Litauen und Rumänien durchschnittlich mehr als ein Viertel ihres verfügbaren Einkommens für Lebensmittel ausgeben, während es hierzulande im Durchschnitt nur elf Prozent sind, dass »Land Grabbing«, der systematische Auf- und Ausverkauf riesiger Ländereien – nicht etwa nur in Afrika und Lateinamerika, sondern innerhalb Europas – ein wachsendes Problem wird, an dem deutsche Unternehmen stark beteiligt sind, all dies kommt uns erst nach und nach und langsam zu Bewusstsein. Es wäre vermessen zu behaupten, dass die Zivilgesellschaft darauf mit gemeinsamen Antworten, geschweige denn gemeinsamen Aktionen reagiert.

Solidarische Landwirtschaft?

Die Euro-Krise und ihre Folgen erweisen sich dabei übrigens als ein unheimlicher Beschleuniger. Was hierzulande unter dem Schlagwort »Solidarische Landwirtschaft« oder Community Supported Agriculture (CSA) noch als exotische Lebensreformbewegung belächelt werden mag, wird für Hunderttausende in Spanien und Griechenland zu einem Notanker im Zeichen des Zusammenbruches ihrer Sozialstaaten: Zuflucht, Selbstversorgung und ein wenig Arbeit auf dem Lande. Wohl dem, der bei 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit noch eine Chance hat, sich dorthin zurückzuziehen.

Der Wert der Selbstversorgung, die in Westeuropa seit Kriegsende kaum noch eine wirtschaftliche Rolle spielte, ist EU-Bürgern ehemals sozialistischer Mitgliedsstaaten aus eigener Erfahrung wohlbekannt. In Deutschlands Mittelschicht fragen sich seit kurzem mehr und mehr Menschen, ob ihre eigene Familie nicht sicherer dasteht mit Zugang zu einem Stückchen Land fürs Essen und Wald für die Energieversorgung. Bisher nur ein ungutes Gefühl, ein neues Sicherheitsbedürfnis, das sich in manchen Regionen allerdings bereits auf Bodenpreise auswirkt. Vorboten sozialer Auseinandersetzungen, wie sie die letzten beiden Generationen nicht mehr kannten?

Wo erste Auswirkungen von Klimawandel und Artenverlust, etwa von Bestäubern, hautnah erfahrbar werden, können sich Tonlage und Intensität der Debatte schnell verändern. Besonders rau könnte der Ton zur Frage, welche ökologischen Mindestleistungen Landwirtschaft zu erbringen und welche Umweltzerstörung unter allen Umständen zu vermeiden hat, bald im Mittelmeerraum werden, wo Wasser immer knapper wird.

Quer durch alle Regionen, Größenordnungen und Anbauformen fragen sich immer mehr Landwirte mittlerweile, ob der Versuch, sich noch einmal ohne wesentliche Änderungen und öffentliche Diskussion möglichst ungeschoren durch die nächste Agrarreform durchzuwursteln, vielleicht nicht nur Betrug an der zahlenden Allgemeinheit ist, sondern auch an den eigenen Kindern. Wird eine heute noch realisierbare Zukunft ländlicher Räume und landwirtschaftlicher Betriebe, werden regionale Zusammenarbeit und Solidarität von Stadt und Land in wenigen Jahren unwiederbringlich auf dem Altar industrieller »Bioökonomie«-Konzepte geopfert worden sein, die weder dörfliche Gemeinschaften noch bäuerliches Wirtschaften zulassen?

Agrarpolitik als Bürgerangelegenheit

Die Kappung und das »Greening« der Direktzahlungen, ökologische Vorrangflächen auf allen Betrieben, Mindestfruchtfolgen und der Erhalt des Grünlandes als

Voraussetzung für Direktzahlungen, all diese leider höchst zaghaft ausgestalteten Ansätze einer überfälligen Strukturreform hat sich die EU-Kommission nicht aus den Fingern gesogen. Sie stammen weder aus der Feder offizieller Bauernverbände, industrieller oder wissenschaftlicher Agrarlobbyisten noch von nationalen Agrarministerien. Ihre Grundzüge wurden da erarbeitet, wo auch ein harter Kern der Januar-Demonstranten herkommt. Sie werden seit gut 20 Jahren gefordert vom Agrarbündnis und der Verbände-Plattform der Natur-, Tierschutz- und Verbraucherverbände sowie der bäuerlichen und ökologischen Agraropposition, die in Deutschland bereits seit drei Agrarreformen zusammenarbeiten. Dass ihre Arbeit endlich solche Früchte trägt, hatten viele, die seit der MacSharry-Reform des damaligen irischen Agrarkommissars 1993 für eine grünere Agrarpolitik streiten, kaum mehr zu hoffen gewagt.

MacSharrys vierter Nachfolger, Dacian Cioloș verweist offensiv auf seine bisher einmalige Beteiligung der Zivilgesellschaft in den Vorberatungen und auf über 6000 Vorschläge, die aus ihren Reihen kamen und aufgenommen wurden. Er wolle die Agrarpolitik zu einer Bürgerangelegenheit machen, proklamierte er 2010, und blieb diesem Anspruch wohl nicht nur aus politischem Kalkül, sondern auch aus Überzeugung treu. Zwei Konsultationen, die nicht wie bisher von den offiziellen, konventionellen Bauernverbänden der COPA/COGECA dominiert waren, setzte Cioloș auch gegen die eigene Generaldirektion durch, der solcherlei Formen von Transparenz und Partizipation eher fremd und wohl auch etwas suspekt sind.

Die in Deutschland seit Jahren öffentlich geförderte Zusammenarbeit der Verbände von Natur- und Umweltschutz und Agraropposition ist auf europäischer Ebene noch ein zartes Pflänzchen. Die »Agricultural and Rural Convention 2020«, ARC2020, in der agraroppositionelle Verbände analog dem Bündnis »Meine Landwirtschaft« europaweit zusammenarbeiten, bleibt auch im dritten Jahr ihres Bestehens noch ein Netzwerk, das vornehmlich vom Engagement einiger überzeugter Europäer in den jeweiligen nationalen Verbänden lebt sowie von der im gemeinsamen Bemühen um europäische Standards, Konzepte und Fördermittel deutlich stärker integrierten Szene der Agenturen, Initiativen und Verbände zur Förderung der ländlichen und regionalen Entwicklung.

Unterwegs nach Brüssel ...

Wie in Deutschland fehlte auch auf europäischer Ebene in dem Konzert der Zivilgesellschaft leider die klassische Stimme der Verbraucherinnen und Verbraucher. Deren offizielle, meist staatsabhängigen Organisationen engagieren sich traditionell weder in Umwelt- und

Entwicklungs- noch in Agrar- und Nachhaltigkeitsfragen. In diese Lücke stieß im vergangenen Jahr sowohl in Deutschland als auch international »Slow Food« mit einem eigenen Manifest zur Zukunft der Landwirtschaft und Agrarpolitik, das dem gutbürgerlichen Wein- und Spezialitätengenießers-Image deutlich entgegenwachsen ist: »Gut, sauber & fair«, wie Carlo Petrini es formuliert, sind Lebensmittel erst, wenn sie aus einer anderen als der industriellen Landwirtschaft stammen.

Landwirtschaftsdebatten sind bis heute weitgehend nationale Veranstaltungen geblieben. Umso beeindruckender war deshalb der erste europäische »Good Food March 2012«, getragen von vielen Organisationen, aber zunächst nur wenigen, vornehmlich jungen Aktivist(inn)en, die sich im August von München und Linz, von Strasbourg und Calais, von Bukarest und Breda in Holland auf den Weg nach Brüssel machten, um unterwegs und vor dem Europäischen Parlament unter dem Motto »Good Food – Good Farming« eine echte Wende in der Agrarpolitik zu fordern. Fast tausend Menschen waren es schließlich, die am 19. September zum großen Finale nach Brüssel zur Demonstration kamen und zum Brunch vor dem Parlament einluden.

Auf der gemeinsamen Konferenz im Parlament hörten sich die zuständigen Berichterstatter und der Agrar-Ausschussvorsitzende immerhin drei Stunden aufmerksam an, was die Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft ihnen zu sagen hatten. Ihren ursprünglichen Plan, die etwa 8 000 Änderungsanträge zu dem Vorschlag der EU-Kommission nur im Agrar-ausschuss und dann gleich mit den Agrarministern zu verhandeln bevor das Plenum aller Europaabgeord-

neten darüber abstimmt, gaben die Agrarexperten des Europaparlaments bei dieser Gelegenheit übrigens auf.

... mit Botschaften aus ganz Europa

Die Good Food-Marschierer brachten nicht nur gute Laune, gutes Essen und gute Musik mit nach Brüssel, sondern auch die Bilder von mehr als 1000 weiteren Bürgerinnen und Bürgern aus allen Mitgliedsstaaten, die nicht persönlich anwesend sein konnten und stattdessen ihr Foto mit ihren Forderungen an die Politiker in Brüssel geschickt hatten. Eine wahrhaft herzerwärmende Sammlung klarer und einfacher Botschaften aus einem bunten und fröhlichen Europa der Regionen, von Märkten und Gärten, Bergbäuerinnen und Bioladnern, von jungen Köchinnen und alten Olivenbauern.

Adam aus England fordert da »ein Feld zum arbeiten«, Willy aus Rumänien schreibt: »Wir Kleinbauern können Europa gut ernähren«, Natalia aus Italien will »Glückliche Tiere und glückliche Menschen« und »Gemüse das in den Himmel wächst« möchte Margarita aus Österreich. Antonin aus Spanien schreibt namens seiner Schafe »wir ernähren unseren Schäfer und wollen eine friedliche Agrarpolitik«, Demetris aus Griechenland pflanzt »seine eigene Apotheke«, Svetla aus Bulgarien fordert »gentechnikfreie Landwirtschaft« und Aurelie aus Frankreich wünscht sich »eine GAP für Zusammenarbeit, Gemeinden und menschliches Maß«. »Lebensmittel sind das perfekte Mittel der Veränderung!« steht auf dem Schild von Janno aus Holland vor seinem Gemüsestand. Das kleine, bunte Buch mit den ersten 1 000 GAP-Schnappschüssen verteilte Dacian Cioloș, dem es ein junger Bauer in Brüssel überreicht hatte, jedem der 27 Agrarminister auf ihrer nächsten Ratssitzung. Ob die sich davon beeindruckt lassen? Noch kann manches gut und alles besser werden.

Selbst wenn sich am Ende der Verhandlungen diesmal noch das Konzept der Agrarindustrie durchsetzt und deren Ernte in den nächsten sieben Jahren bitter und fatal sein wird, eines wird die Debatte über die GAP diesmal unweigerlich hervorgebracht haben: Eine neue und junge europäische Bewegung für Ernährungssouveränität, Agrar- und Lebensmitteldemokratie, die nicht wieder lockerlässt. Sie wird es sein, die die nächsten 50 Jahre Gemeinsamer Agrarpolitik das Gesicht und den Geschmack Europas gestaltet.

Folgerungen & Forderungen

- Die Entscheidung über die Reform der EU-Agrarpolitik ist noch nicht gefallen.
- In Europa wächst der Druck auf eine anachronistisch anmutende Agrar- respektive Subventionspolitik, die aus ihrer 50-jährigen Geschichte vielleicht erklärlich, aber doch längst nicht mehr vertretbar ist.
- Die Debatte über die Reform der EU-Agrarpolitik hat eine neue und junge europäische Bewegung für Ernährungssouveränität, Agrar- und Lebensmitteldemokratie hervorgebracht.
- Ihr geht es im Kern um eine lokal wie global faire und ökologisch orientierte Agrarpolitik, um »ehrliche« Lebensmittel und Kulturlandschaften, die diesen Namen verdienen.
- An den politischen Eckpunkten dieser Bewegung wird sich die EU orientieren müssen, will sie die Legitimation ihrer Agrarpolitik und die Zustimmung der europäischen Bevölkerung nicht vollends verlieren.



Benedikt Haerlin

Leiter des Berliner Büros der Zukunftsstiftung Landwirtschaft und Vorstandsmitglied »Agricultural and Rural Convention 2020«, ARC2020

Zukunftsstiftung Landwirtschaft
Marienstraße 19/20, 10117 Berlin
E-Mail: haerlin@zs-l.de

www.arc2020.eu, www.goodfoodmarch.eu